N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 29.06.2022

Sitzungsbeginn: **16:30 Uhr**
Sitzungsende: **20:13 Uhr**
Sitzungsort: **Ratssaal des Rathauses Dessau**

Teilnehmer/-innen: **siehe Anwesenheitsliste**

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck eröffnet die Sitzung um 16:32 Uhr und begrüßt die Ausschussmitglieder, die Beigeordneten, die Vertreter der Beigeordneten und Gäste. Er stellt form- und fristgerechte Ladung sowie Beschlussfähigkeit mit Anwesenheit von 7 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck bittet, den Tagesordnungspunkt 11.1 (Personalangelegenheit) vorzuziehen auf Punkt 9 im nichtöffentlichen Teil der Sitzung, um die Wartezeit des Bewerbers zu minimieren.

Weitere Änderungsanträge liegen nicht vor, sodass die geänderte Tagesordnung zur Abstimmung gestellt wird.

Abstimmungsergebnis: 7:0:0

3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.05.2022

Wortmeldungen werden nicht hervorgebracht. Der Ausschussvorsitzende bringt die Niederschrift der Sitzung des Haupt- und Personalausschusses vom 17.05.2022 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: 7:0:0

4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck gibt die nichtöffentlich gefassten Beschlüsse aus der Sitzung vom 18.05.2022 bekannt:

Projektförderung
Bewilligung eines Zuschusses an das Städtische Klinikum Dessau zur Erarbeitung einer "Machbarkeitsstudie zum Aufbau und dem Betrieb einer privaten Universität" am Standort Dessau-Roßlau

Unternehmensangelegenheiten
Zielvereinbarung 2022 mit dem Geschäftsführer der Immobilien- und Verwaltungsservice GmbH Rodleben (IVG)

Unternehmensangelegenheiten
Zielvereinbarung 2022 mit den Geschäftsführern der MVZ SKD gGmbH

Unternehmensangelegenheiten
Gehaltsanpassung der Geschäftsführung der DVV

Unternehmensangelegenheiten
Zuführung zu den anderen Gewinnrücklagen bei der DVV und der FWV
Personalangelegenheit
Besetzung der Stelle Amtsleiter/in des Amtes für Bildung und Schulentwicklung

5 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass für den Berichtszeitraum keine Eilentscheidungen vorliegen.

6 Einwohnerfragestunde

Wortmeldungen werden zu diesem Tagesordnungspunkt nicht erhoben. Schriftliche Anfragen wurden nicht eingereicht.

7 Öffentliche Anfragen und Informationen

7.1 Bericht des Oberbürgermeisters aus dem Pandemiestab

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck teilt mit, dass der Pandemiestab im Wesentlichen seine Arbeit eingestellt hat und sich in Rufbereitschaft befindet. Sollte es die Situation erfordern, wird dieser wieder regelmäßig tagen. Das Gesundheitsamt und das Städtische Klinikum werden wöchentliche Meldungen zum Infektionsgeschehen weiterhin an die Pressestelle geben. Er gibt die aktuellen Zahlen für den 28.06.2022 bekannt:

7-Tage-Inzidenz	364 (steigende Tendenz)
Infektionen insgesamt	24.994
Infektionsrate	31,5 %
Todesfälle durch Corona	162

An vier Terminen in der 24. und 25. Kalenderwoche in der Impfstelle erfolgten 106 Impfungen:

erste Impfung	7
zweite Impfung	9
dritte Impfung	39
vierte Impfung	50
fünfte Impfung	1

Zu § 20 a Infektionsschutzgesetz (einrichtungsbezogene Impflicht und Genesenennachweis):

gemeldete Personen	468
gemeldete Einrichtungen	115

Es konnten Fälle abgeschlossen werden, bei denen der Impf- und Genesenenstatus nachgewiesen wurde. Es wurde begonnen, Anhörungsschreiben an betroffene Personen, die der Pflicht unterliegen, zu versenden und Arbeitgeber abzufragen. Die jeweiligen Einzelfälle werden dann geprüft und über die weitere Vorgehensweise entschieden.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, nimmt Bezug auf die Anordnung eines Landrates in Sachsen, wonach Gesundheitsämter keine Berufsverbote aussprechen, weil jede medizinische Fachkraft benötigt wird. Er möchte wissen, wie das in Dessau-Roßlau gehandhabt wird, ob das Gesundheitsamt bereits Berufsverbote ausgesprochen hat und wie der Oberbürgermeister dies bewertet.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass in der Stadt Dessau-Roßlau bisher keine Berufsverbote ausgesprochen und keine Beschäftigungsverhältnisse unterbrochen wurden. In den laufenden Verfahren gilt der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

7.2 Bericht des Beigeordneten aus dem Ukrainestab

Stadtrat Fricke erscheint um 16:41 Uhr. Stadtrat Schönemann erscheint um 16:44 Uhr. Beschlussfähigkeit mit Anwesenheit von 9 stimmberechtigten Ausschussmitgliedern ist gegeben.

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, erstattet in Vertretung für den abwesenden Beigeordneten für Gesundheit, Soziales und Bildung, Herr Krause, Bericht aus dem Ukrainestab anhand einer Power Point Präsentation, welche der Niederschrift als Anlage beigefügt ist.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, spricht die Situation in den Schulen an. Die Lehrer sind damit beschäftigt, die coronabedingten Rückstände aufzuarbeiten. Nun kommen zusätzlich noch Schüler in die Klassen, die die deutsche Sprache nicht sprechen. Er hält diese Situation für problematisch für die einheimischen Kinder und möchte wissen, ob eine Unterstützung durch das Land erfolgt und ukrainische Lehrer eingesetzt werden können.

Frau Paesold erklärt, dass die Lehrer grundsätzlich durch das Land eingestellt werden. Unter den ukrainischen Schutzsuchenden befinden sich 20 Personen, die die Voraussetzungen erfüllen könnten. Bisher wurden 6 Lehrer eingestellt, die in den Ankunftsklassen in der Muttersprache der Kinder unterrichten. Immer mehr Eltern möchten jedoch, dass die Kinder in den Regelklassen unterrichtet werden. Derzeit wird geprüft, ob weitere Lehrer (auch Quereinsteiger) hinzugefügt werden können, die in der Muttersprache unterstützen.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, möchte wissen, wie die medizinische Versorgung der Flüchtling sichergestellt wird, wie die Impfbereitschaft gegen Covid-19 ist und ob Impfungen angeboten werden.

Frau Paesold teilt mit, dass Impfungen sofort beim Ankommen und auch jetzt angeboten werden. Die Impfstelle hat im Blick, ob sich die Schutzsuchenden dort melden. Die genauen Zahlen wird Frau Paesold erfragen und nachreichen.
Zur medizinischen Versorgung teilt sie mit, dass ankommende Personen (auch nach dem 01.06.2022) zunächst als Leistungsberechtigte in das Asylbewerberleistungsgesetz aufgenommen werden, bis sie ihren Aufenthaltstitel erhalten. Mit Behandlungsscheinen erhalten die Personen Zugang zu medizinischer Versorgung jeglicher Art sowie zu Medikamenten. Mit Erteilung des Aufenthaltstitels erfolgt der Rechtskreiswechsel. Damit verbunden sind der Zugang und die freie Wahl der Krankenkasse. Bei allen Schutzsuchenden, die bis zum 31.05.2022 angekommen sind, wurde eine Mitgliedschaft in der Krankenkasse begründet. SGB II-Empfänger (auch wenn diese im Juni noch einmal Geld von der Stadt erhalten haben, um die Übergänge nahtlos zu gestalten) sind bereits auch rückwirkend krankenversichert.
Durch die Unterstützung des Städtischen Klinikums, des DRK und der ehrenamtlichen Helfer konnten und kann in den Massenunterkünften sofort regiert werden, wenn Krankheiten festgestellt werden.

Stadtrat Mrosek erfragt, ob in der Übergangszeit, in der die Flüchtlinge noch nicht gesetzlich versichert sind und diese Zuschüsse von der Stadt erhalten, von den Ärzten die Leistungen in Höhe der gesetzlichen Versicherung abgerechnet werden oder wie für Privatpatienten.

Frau Paesold erklärt, dass die Leistungen der Krankenhilfe im Asylbewerberleistungsgesetz auf Notfall- und Schmerzbehandlungen beschränkt sind. Dies ist jedoch teilweise aufgehoben und mindestens der Katalog, der im SGB V vereinbart worden ist, angewendet worden. Bislang wurden alle Kosten vollständig übernommen. Gegebenenfalls erfolgt eine Rückfrage zur Notwendigkeit der medizinischen Behandlung.
Auf Nachfrage von Stadtrat Mrosek teilt Frau Paesold mit, dass Verträge mit der GKV bestehen. Dort erfolgt eine Vorprüfung der Abrechnungen. Die Stadt zahlt eine fünfprozentige Verwaltungspauschale mit der sichergestellt ist, dass die Gebührensätze eingehalten werden.

Herr Fackiner, Fraktionen Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, erachtet 86 Personen im Berufsschulzentrum als sehr viel. Er möchte wissen, ob es sich hierbei um die normale Fluktuation handelt oder ob sich auch Personen dort schon sehr lang aufhalten.

Frau Paesold berichtet über eine Verfügung des Landesverwaltungsamtes, wonach nunmehr eine Erstanlaufstelle für 50 Personen vorgehalten werden muss (bisher 150 Personen). Eine Reduzierung erfolgt sukzessive. Derzeit befinden sich 86 Personen dort, zu Spitzenzeiten waren es mehr als 170. Familien mit Kindern werden herausgenommen. Kleinere Wohnungen für Einzelpersonen oder für zwei Personen sind nicht in der erforderlichen Menge vorhanden. Für August wurden von den Wohnungsunternehmen weitere 20 Wohnungen angeboten. Bei diesen sind auch kleine Wohnungen und Wohnungen für pflegebedürftige Personen enthalten.

7.3 Ausbildungsstrukturen der Stadtverwaltung Dessau-Roßlau sowie der kommunalen Unternehmen
Vorlage: IV/038/2022/II

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die umfangreiche Beschlussvorlage auf einen Antrag der CDU-Fraktion zurückgeht. Inhaltlich geht es darum, ein duales Studium anzubieten.

Herr Adamek, Fraktion der CDU, stellt fest, dass sehr umfangreich dargestellt wurde, was bereits vorhanden ist und welche Vorhaben bestehen. Er hätte sich mehr Details zu Möglichkeiten in der Bachelor- oder Masterausbildung gewünscht. Auch Informationen zu einer Übernahme von Master-Studenten, um frisches Know-how in die Verwaltung zu bekommen, wären wünschenswert. Des Weiteren müsste geprüft werden, ob die Verwaltung mit dem Verwaltungswissenschaftler noch richtig aufgestellt ist. Stadtrat Adamek benennt weitere Möglichkeiten dualer Studiengänge. Im Bau- und Ingenieurswesen im Tiefbaubereich wäre es wünschenswert, „Eigenzucht“ zu betreiben. Beispielhaft nennt er die Stadt Schwedt mit 35.000 Einwohnern, die duale Studiengänge in allen möglichen Bereichen anbietet. Stadtrat Adamek wünscht sich, an dem Thema dranzubleiben und möglichst bis zum Ende des Jahres festzulegen, wie sich die Stadt diesbezüglich breiter aufstellen könnte. Des Weiteren

wünscht er sich mehr Mut in den Eigenbetrieben. Wichtig ist, dass sich die Stadt durch mehr Studiengänge interessanter macht. Dann kommen mehr junge Menschen nach Dessau-Roßlau oder bleiben. Er bedankt sich für die Mühe und äußert die Hoffnung auf weitere Entwicklung.

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, bestätigt, dass die Beschlussvorlage eine erste Ist-Analyse darüber darstellt, was vorhanden ist und was zeitnah zu akquirieren wäre. Bislang wurde nur im Bereich der Verwaltungswirtschaft das duale Studium angeboten, weitere sind avisiert. In der Verwaltung müssen nun die qualitativen Voraussetzungen der personellen Begleitung geprüft werden.

Herr Schönemann, Fraktion die Linke, sieht in der Vorlage ebenfalls eine Bestandsanalyse. Seit längerem interessiert jedoch, wie Ausbildung weiterentwickelt, qualifiziert und begleitet werden kann. Gewünscht hätte er sich eine Darstellung, wie mit Universitäten und Hochschulen in Kooperation getreten werden kann. Ebenso interessant wäre eine Entwicklungsvereinbarung mit entsprechenden Angeboten, um jungen Familien oder Absolventen nach Dessau-Roßlau zu holen, wie zum Beispiel, als sich um die Besetzung des Bundesumweltamtes gekümmert wurde. Dabei gab es eine Art Begleitgremium für Interessenten und deren Familien. Formale Vorgänge, um Bewerber abzurufen, werden auf Dauer die Probleme nicht lösen. Es müssen Ideen entwickelt werden. Bereits vor etwa 10 Jahren wurde im Rahmen der Personalentwicklung immer wieder darauf hingewiesen, dass eine andere Strategie notwendig ist, um neue Wege zu gehen. Für ihn ist interessant, wann über neue Wege und deren Ergebnisse berichtet werden könnte, welche Zeit benötigt wird, Derartiges vorzubereiten. Wenn wie bisher weitergemacht wird, werden die Probleme nicht lösbar sein. Seit Jahren hat seine Fraktion dazu eine ganz klare Position. Die Möglichkeiten der Kooperation zwischen den einzelnen Struktureinheiten der Stadt müssen geprüft werden. Kooperationsverbindungen in Form von Lehrstellen könnten aufgebaut werden, die durch die inhaltliche Ausrichtung Ersetzbarkeit oder Hilfe zwischen den einzelnen Einrichtungen ermöglichen. Es kann nicht sein, dass einige Einrichtungen nicht ausbilden. Ziel war schon damals eine Bündelung in der Stadtgemeinschaft, um zu versuchen, die Ausbildungsprobleme zu lösen. Er bittet um erneute Verständigung und hofft, dass es zeitnah entsprechende Impulse gibt.

Die Informationsvorlage wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

7.4 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Frau Wirth, Leiterin des Amtes für Stadtfinanzen, informiert darüber, dass die Beschlussvorlage über die Bildung von Rücklagen für Betriebe gewerblicher Art auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Stadtrates gesetzt wurde. Es handelt sich dabei um einen vorsorglichen Beschluss, wie im letzten Jahr, damit mögliche Gewinne im Veranlagungszeitraum 2021 nicht einer Kapitalertragssteuer unterworfen werden. Dieser Beschluss konnte aus Termingründen nicht im Finanzausschuss vorberaten werden.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, erfragt, ob seitens der Stadtwerke geplant ist, Ladestationen für E-Autos, E-Bikes und Pedelecs in Roßlau zu schaffen. Sie möchte wissen, ob die Möglichkeit besteht, durch den Stadtpflegebeitrieb bei einer Erneuerung von Straßenlaternen Ladestationen anzubringen.
Des Weiteren bezieht sich Frau Koschig auf den Austritt der Stadt aus dem Verein „Blaues Band“ im Jahr 2018/2019. Das Thema sollte der Stadtmarketinggesellschaft übertragen werden. Sie möchte wissen, ob dies geschehen ist und welche Pläne diesbezüglich bestehen.
Abschließend erfragt Frau Koschig, ob Überlegungen zum Thema „20 Jahre Hochwasser“ in diesem Jahr erfolgen.

Herr Höll, Geschäftsführer der Stadtwerke Dessau, erklärt, dass sich eine E-Ladesäule in der Innenstadt von Roßlau im Genehmigungsverfahren befindet. Er hofft, dass diese zeitnah in der Nähe des Kundenbüros errichtet werden kann. Für Ladestationen für E-Bikes und Pedelecs sind die Stadtwerke nicht zuständig, sondern die Stadtverwaltung direkt. Eine Ladestation in der Nähe des Bahnhofes war geplant; eine Umsetzung konnte jedoch nicht erreicht werden.

Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck ist nicht bekannt, dass Veranstaltungen zum Thema „20 Jahre Hochwasser“ von Seiten der Stadt geplant sind. Das Thema wurde im Kulturamt bereits besprochen.
Bezüglich der Anfrage zum „Blauen Band“ wird er Rücksprache mit der Stadtmarketinggesellschaft zur Arbeitsrichtung nehmen und schriftliche Antwort erteilen.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, bezieht sich auf den Zeitplan zur Bundesgartenschau. Die Machbarkeitsstudie wurde gerade abgeschlossen. Im ursprünglichen Zeitplan war die Öffentlichkeitsarbeit für Mai vorgesehen. Nun werden im Juli die Ergebnisse der Zukunftsreise überreicht. Er hält es für wichtig, dass derartige Konzepte nebeneinander ablaufen, da diese zusammenfließen werden. Stadtrat Fackiner erfragt, ob eine neue Zeitschiene vorhanden ist und bittet um eine Aussage zum Sachstand.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet von einem Termin in der Staatskanzlei zu diesem Thema mit der zeitlichen Zielsetzung für 2035. Im Koalitionsvertrag ist die Unterstützung durch die Koalitionspartner in einem Passus festgelegt. Man ist so verblieben, dass die Fördermöglichkeiten für die einzelnen Maßnahmen geprüft werden, um weiter daran zu arbeiten. Bevor in die Öffentlichkeitsarbeit investiert wird und Gremienbefassung erfolgt, sollte die grobe Richtung der Finanzierung geklärt sein. Die Machbarkeitsstudie berücksichtigt einen starken städtebaulichen Aspekt. Zielsetzung ist die Verknüpfung unterschiedlicher Bereiche. In dem geführten Gespräch war ein Wohnwollen seitens des Landes erkennbar. Herr Oberbürgermeister Dr. Reck hofft, dass es über die Sommermonate gelingt, die einzelnen Maßnahmen mit entsprechendem Förderprogramm zu unterlegen. Danach erfolgen die nächsten Schritte.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, bezieht sich auf einen Zeitungsartikel, wonach das Forschungsschiff Aldebaran Proben aus der Elbe entnommen hat, bei denen Schadstoffe entdeckt wurden. Er möchte wissen, ob die Stadt ein Ergebnisprotokoll hierüber erhalten hat. Wenn dies nicht der Fall ist, könnte Stadtrat Mrosek dies in etwa einer Woche übermitteln. Im Torgauer Hafen sind die neuen Kaimauern von schädlichem Wasser zerfressen worden, welches möglicherweise aus Tschechien kommt. Er möchte wissen, ob der Verwaltung diesbezügliche Informationen vorliegen. Er teilt mit, dieses Thema im nächsten Amtsblatt aufzugreifen.

Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck liegen keine Informationen zu diesem Thema vor.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, spricht das Stagnieren der Sanierungsarbeiten der Toilette im Rathaus/Altbau an. Er möchte wissen, ob ein Baustopp besteht. Die Arbeiten laufen bereits seit 1 ½ Jahren. Der Hotelneubau am Schlossplatz gehe im Vergleich deutlich schneller voran.

Nach Informationen von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Reck** sollen die Toiletten im August fertig werden. Auch er bedauert den langwierigen Prozess der Sanierung.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, möchte vom Oberbürgermeister wissen, ob die Verwaltung zusammen mit den Strukturbetrieben einen Stab vorbereitet, der sicherstellt, dass bei möglichen Energieversorgungsengpässen die Ausfälle so gering wie möglich gehalten werden, um das Vertrauen der Bevölkerung zu sichern, da große Verunsicherung besteht.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck berichtet, dass schon vor geraumer Zeit mit den Stadtwerken Kontakt aufgenommen wurde, um die Prioritäten abzuklären. Seitens des Bundes wurden klare Regeln festgelegt, wie die Versorgung im Notfall in mehreren Stufen zu erfolgen hat. Das Thema wird kontinuierlich im Blick behalten.

Herr Höll, Geschäftsführer der Stadtwerke Dessau, berichtet, dass am vergangenen Montag dazu ein längerer Pressegesprächstermin stattgefunden hat. Die Verfügungsmacht liegt ganz klar beim Gesetzgeber. Bezüglich der Gasmengen besteht im Moment kein Engpass. In der letzten Woche wurde die zweite Stufe des Gasnotfallplans ausgerufen. Dies ist jedoch eine rein vorausschauende Maßnahme. Sollte die dritte Stufe ausgerufen werden, würden die Marktverhältnisse durch regulatorische Maßnahmen überschrieben werden. Dabei gibt es geschützte Kunden, wie die Bevölkerung, das Klinikum und alle, die im weitesten Sinne mit sozialen Einrichtungen im Zusammenhang stehen. Im Extremfall würde es dann zu Abschaltregulatorien bei den großen Abnehmern (nach derzeitiger Gesetzgebung) kommen. Ob dies eintritt, ist nicht bekannt. In Dessau-Roßlau gibt es mehrere große Abnehmer, die andererseits in den geschützten Bereich fallen. Einige Unternehmen haben bereits kommuniziert, dass sie zum geschützten Bereich zählen, aber das legt der Gesetzgeber fest. Zum jetzigen Zeitpunkt sollte man ruhig bleiben, das Beste hoffen, voraus-

schauen und gegebenenfalls Vorbereitungen treffen. Die Unternehmen werden aufgefordert, den Verbrauch zu reduzieren. Sollte eine Umsetzung nicht erfolgen, muss im Zweifel darauf eingewirkt werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck ergänzt, dass in den Bädern die Temperatur etwas gesenkt wird. Er äußert seine Sorge bezüglich der kommunalen Haushalte, die Haushalte der städtischen Beteiligungen und der Wirtschaftspläne. Er schließt keine Maßnahme aus, um mit der Situation umzugehen. Es gilt, die Finanzen im Griff zu behalten. Von Bundes- oder Landesseite ist derzeit nicht erkennbar, ob Finanzhilfen erfolgen. Dass die Kommunen diese Hilfen benötigen, ist sicher. Gerade im Hinblick auf das Gesundheitswesen muss auf übergeordneter Ebene schnell gehandelt werden, sodass die Daseinsvorsorge in den Kommunen nicht gefährdet wird. Die Stadtverwaltung wird zeitnah besprechen, wie Vorsorge betrieben werden kann. Dabei muss bewusst sein, dass sich dies auf die Haushaltsplanung – auch der Folgejahre – auswirken wird.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, wünscht sich regelmäßige Informationen über die allgemeinen Lage. Er möchte wissen, ob es Informationen zu einem Berichtssystem gib, wo Indikatoren über Handlungsschritte ersichtlich sind.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck verweist auf die laufende Abrechnung, was die finanzielle Seite betrifft. Daraus sind die Situation und die Prognose ersichtlich. Was die Versorgung selbst betritt, ist man von der Bundesebene abhängig. Diesbezüglich muss die weitere Entwicklung abgewartet werden.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, erinnert an die Diskussionen zur Prüfung der Tragfähigkeit für Solaranlagen auf Dächern städtischen Eigentums. Er kann auf diesen keine neuen Solaranlagen feststellen. Auf die Hürden des Denkmalschutzes möchte er an dieser Stelle nicht eingehen. Ein ernsthaftes Vorantreiben des Themas würde die Gasunabhängigkeit weiterbringen.
Des Weiteren spricht Stadtrat Kellner die Tagungsfähigkeit des Feuerwehrausschusses an, der nicht beschlussfähig ist, sobald eine Person fehlt. Laut Satzung ist die Stimme des Oberbürgermeisters bindend. Dieser hat jedoch seinen Vorsitz abgegeben. Frau Bürgermeisterin Nußbeck kann den Ausschuss lediglich führen. Er drängt auf eine zeitnahe Satzungsänderung.
Stadtrat Kellner pflichtet Stadtrat Mrosek bezüglich der Toiletten bei.
Ihm ist auch die Baustelle am Albrechtsplatz aufgefallen. Mit Befremden stellt er fest, dass zwei Personen dort tagtäglich Steine klopfen. Die Bauarbeiten gehen seiner Meinung nach nicht voran.
Abschließend bezieht sich Stadtrat Kellner auf einen Artikel in der MZ zum Hotelneubau, in welchem von einem B&B Hotel mit „Burgerbude“ berichtet wird. Dies geht an allem vorbei, was im Notarvertrag festgelegt wurde. Er bezweifelt, dass er dem Vorhaben zugestimmt hätte, wenn dieses bei Beschlussfassung bekannt gewesen wäre.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt zur ersten Frage fest, dass zum einen nicht sehr viele Dächer durch die Stadtverwaltung gebaut werden. Des Weiteren ist eine Frage, ob die Personen, die das Dach decken lassen, sich Solarflächen leisten können. Er befürwortet diese ausdrücklich. Solaranlagen werden viel stärker angebracht werden müssen, die Finanzierung muss jedoch gewährleistet sein. Aus der Regionalen Planungsgemeinschaft ist bekannt, dass Untersuchungen laufen, Denkmalschutz und Solar zu verbinden. Er zeigt sich optimistisch, dass Wege gefunden werden.
Bezüglich des Feuerwehrausschusses erklärt der Oberbürgermeister, dass grundsätzlich Brandschutzfragen zukünftig auch im Ordnungsausschuss bearbeitet und Beschlüsse gefasst werden könnten. Er sichert zu, die Satzung in Augenschein zu nehmen.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erklärt, dass die Baustelle am Albrechtsplatz normal voranschreitet. Sie weist darauf hin, dass manche Phasen schneller vorangehen, andere längere Zeit in Anspruch nehmen. **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** teilt diese Auffassung. Zum Thema Hotelneubau teilt er mit, dass er persönlich das Burgerrestaurant nicht kennt, dem jedoch aufgeschlossen gegenüber steht. Fest steht, dass es sich um einen Gastronomiebetrieb handelt.

Stadtrat Kellner stimmt zu, dass sparsam gewirtschaftet werden muss. Dies wird auch von den Bürgern gefordert. Die Stadt sollte jedoch Vorreiter sein und Unabhängigkeit schaffen, auch wenn dies bedeutet, mehr Geld auszugeben.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, erklärt, dass bei neueren Vorhaben Solar nachgerüstet wird, wenn die Möglichkeit besteht. Beispielsweise bei der Schwimmhalle sind die Anlagen vorhanden. Schwierig ist jedoch, dass kein Betreiber vorhanden ist, der sich dazu bereiterklärt. Gebäude, die neu gebaut werden, werden vorgerüstet, sofern diese geeignet sind.

Herr Höll, Geschäftsführer der Stadtwerke Dessau, möchte eine Lanze für die Stadtverwaltung brechen. In den letzten Wochen gab es Gespräche mit Vertretern aus den verschiedenen Ämtern. Die Rettungswache wird zeitnahe ein Photovoltaikdach erhalten. Der Geschäftsführer der DWG führt Gespräche über Solardächer auf Bestandsimmobilien und Niederstromanlagen. Der Wohnungsverein Dessau ist in den vergangenen Jahren schon recht weit vorangeschritten. Die Schwimmhalle folgt, nachdem verwaltungstechnische Hürden genommen wurden. Der nächste Schritt ist, kommunale Flächen zu beurteilen. Dank des Klimaschutzmanagers ist das Thema in Bewegung. Unterstützung im Haushalt ist jedoch hierzu nötig.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erklärt, dass Herr Ahlers im Bauausschuss über die Richtung informiert hatte. Damals wurde angeregt, finanzielle Anreize zu schaffen. Diese waren jedoch zu gering. Es war klar, dass nachjustiert werden muss, um Eigentümer zu motivieren. Die Botschaft war damals, dass dies haushalterisch geprüft wird. Es gab eine Beschlussvorlage, sich einen Überblick zu verschaffen.

Stadtrat Schönemann wünscht sich Informationen über den Abarbeitungsstand und die Ergebnisse.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck verweist auf das energiepolitische Arbeitsprogramm als Berichtsinstrument.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, regt an, als Tagesordnungspunkt in die nächsten Ausschusssitzungen die aktuelle Lage der Energieversorgung aufzunehmen. Dies ist ein wichtiges Thema. Er weist auf die Reduzierung der Produktion der Raffinerie Schwedt am 05.12.2022 um 35% hin. Es muss sich auf die nach oben schnellenden Preise an den Tankstellen eingestellt werden.

In den Fachausschüssen kann fortlaufend über das Thema berichtet werden, so **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck**.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, bezieht sich auf den Ansatz des Klimaschutzmanagers. Dieser hatte ausgeführt, dass mit Energiemanagement Einsparungen möglich sind. Ihm ist die personelle Besetzung hierfür nicht bekannt. Im Hinblick auf die Kostensteigerungen ist dies nicht die Lösung, aber sollte auf keinen Fall unterbleiben. Einsparungen sollten zügig umgesetzt und im nächsten Haushalt abgebildet werden.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, teilt mit, dass bislang keine Personalie für diese Aufgabe gefunden werden konnte. **Herr Oberbürgermeister Dr. Reck** ergänzt, dass die entsprechenden Ausschreibungen fortgesetzt werden.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, berichtet von einem Zusammentreffen mit der Amtsleiterin des Gebäudemanagements. Dabei wurde auf das Problem hingewiesen. Seit 3 Jahren ist der Bereich unterbesetzt. Früher wurden Millionenbeträge durch vernünftigen Energieeinsatz in städtischen Objekten eingespart. In den letzten Jahren ist diesbezüglich nichts passiert. Vor drei Monaten wurde durch seine Fraktion die Bitte geäußert, diese Struktur personell aufzufüllen. Eine Person war vorhanden, die in der Vergangenheit die Problematik erfahrungsgemäß begleitet hat. Diese Person hatte sich bereiterklärt, die Stellenausschreibungsproblematik für die Neuausrichtung zu begleiten. Nach seiner Information arbeitet das Amt an der Lösung des Themas. An einem kürzlich stattgefundenen Energietisch wurde Ähnliches beraten. Stadtrat Schönemann äußert die Bitte, die Bewirtschaftung der eigenen Bestände in den Griff zu bekommen. Es besteht Handlungsbedarf. Im Ernstfall muss für den Bedarf abgeordnet werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck weist darauf hin, dass die Stellen ausgeschrieben werden und zu besetzen sind. In der Zwischenzeit wird durch das Zentrale Gebäudemanagement auf die Energieverbräuche geachtet.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, bezieht sich auf den Redebeitrag von Stadtrat Kellner zum Feuerwehrausschuss. Er sieht ebenfalls Handlungsbedarf. Im Zusammenhang mit der Hauptsatzung und den neuen Dezernatsstrukturen muss über die Ausschüsse gesprochen werden. Bezüglich des Feuerwehrausschusses merkt er an, dass darin auch der Hochwasserausschuss enthalten ist, der ursprünglich nur vorübergehend geplant war. Darüber sollte nachgedacht werden, zumal der Landesbetrieb für Hochwasserschutz dem weit voraus ist. Er bezweifelt, ob dieser dauerhaft benötigt wird. Die umfangreichen Berichterstattungen schrecken die Ausschussmitglieder ab.
Des Weiteren erfragt Stadtrat Fricke den Stand der Mietspiegelerstellung, der 2024 eingeführt werden muss. Es besteht die Frage der Zuständigkeit, die landesgesetzlich zu regeln ist nach bundesgesetzlicher Vorgabe. Nach seiner Information hat das Land bisher keine Regelung getroffen und dies ist auch nicht in Planung. Der Gesetzgebungsdienst des Landtages äußerte sich dahingehend, dass Eilzuständigkeit der Gemeinde gilt, soweit noch keine Regelung durch das Land erfolgte. Selbst wenn das Land eine Regelung trifft, geht er davon aus, dass dieses Thema ausgelagert wird. Stadtrat Fricke bittet daher um Mitteilung des Verfahrensstandes. Er weist auf die wenigen Anbieter für die Mietspiegelerstellung, die Vielzahl der bundesweiten Gemeinden hin und äußert seine Besorgnis zum Zeitfenster. Auch in Verbindung mit dem KDU-Thema besteht dringender Handlungsbedarf. Seine Frage ist, ob eine Beauftragung schon erfolgen konnte.

Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, informiert, dass im Einvernehmen mit dem Oberbürgermeister beschlossen wurde, den Weg der Ausschreibung zu gehen, auch wenn die Zuständigkeitsverordnung fehlt. Es wurde eine Einladung für den 20. Juli vorbereitet, um mit den damaligen Beteiligten von 2013 und 2014 die Auswahlkriterien, die Leistungsbeschreibungen und das Verfahren zur Erstellung des Mietspiegels zu erörtern. Auf diese Weise wird Transparenz hergestellt und besprochen, ob Besonderheiten für die Stadt Dessau-Roßlau vorliegen, die in das Verfahren der Neuerstellung des Mietspiegels einbezogen werden müssen. Danach erfolgt eine Abstimmung und die Eröffnung der Verfahrensvergabe.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, begrüßt diesen Fortschritt. Er bittet um Nennung der Beteiligten, die gegebenenfalls zu erweitern wären. In Frage kommen die örtlichen Vermieter und deren Organisationen (Verband der Wohnungswirtschaft, der Genossenschaften), der Mieterverein sowie auch die einzelnen Vermieter selbst.

Nach Aussage von **Frau Paesold** wurde die Beschlussvorlage dahingehend geändert, dass die Ermittlung des Mietspiegels nach der Tabellenmethode erfolgt. Über die Beteiligten wurde keine Aussage getroffen. Die Unterlagen von 2013 und 2014 wurden noch einmal gesichtet, weil die Zuständigkeiten damals anders geregelt waren. Es werden alle zugänglichen Vermieter, die es wünschen, beteiligt. Die großen Wohnungsunternehmen, private Vermieter, der Mieterbund, Haus & Grund und die Verwaltung wollen auch die Fraktionen beteiligen, nachdem der Wunsch nach einem transparenten Verfahren bestand.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, wünscht sich zum Thema Solardächer künftig Sachstandsinformationen, ohne dass eine Nachfrage erfolgen muss. Zum Thema Hochwasserausschuss widerspricht er den Ausführungen von Stadtrat Fricke. Er hält diesen Ausschuss und die detaillierten Berichterstattungen für wichtig. Er würde einen Besuch von Seiten des LHW begrüßen, welcher bislang nicht erfolgt, um auch kritikwürdige Sachverhalte zu diskutieren. Weiter thematisiert er die Sirenenproblematik. Diese wurden in Dessau-Roßlau abgeschafft, wobei in anderen Kommunen um das Stadtgebiet herum noch welche vorhanden sind. Nach Meinung von Stadtrat Kellner hat der Hochwasserausschuss seine Daseinsberechtigung.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck informiert abschließend über die unterzeichnete Allgemeinverfügung zur Wasserentnahme. Es handelt sich um einen Sofortvollzug. Die Verfügung wurde am heutigen Tag unterschrieben, es erfolgt eine Presseinformation und eine Veröffentlichung im Amtsblatt sowie auf der Internetseite der Stadt. Auf Nachfrage von Stadtrat Kellner erklärt Herr Dr. Reck, dass eine Umwälzung entnommenen Wassers möglich ist.

8 Beschlussfassungen

8.1 Beschluss über die Auswahlkriterien für das Verfahren zur Neuvergabe einer Konzession im Rettungsdienst Vorlage: BV/164/2022/II-37

Herr Adamek, Fraktion der CDU, erklärt sich für befangen und übergibt sein Stimmrecht an den Stadtratsvorsitzenden, Herrn Rumpf.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, erfragt, ob das Urteil des Europäischen Gerichtshofs eingeflossen ist, wonach die Anwendung der Bereichsausnahme durchgeführt werden kann, Rettungsdienste vergaberechtsfrei auszugestalten.

Herr Kuhnhold, Leiter des Amtes für Brand, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, erklärt, dass dies so gehandhabt wird. Dieses Vergabeverfahren soll sich ausschließlich auf die Hilfsorganisationen begrenzen, die nach dem Katastrophenschutzgesetz in Sachsen Anhalt tätig sind. Es ist keine Ausschreibung, bei der sich jedes Unternehmen europaweit beteiligen kann. Voraussetzung ist, dass die Bewerber, die an der Ausschreibung teilnehmen wollen, im Katastrophenschutz tätig sind und zu den Organisationen gehören, die im Katastrophenschutzgesetz benannt sind.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, stellt fest, dass es sich dann um eine beschränkte Vergabe handeln würde.

Herr Kuhnhold erklärt, dass bei dieser Bereichsausnahme der Rettungsdienst nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen herauszunehmen ist. In der Summe hätte theoretisch eine europaweite Ausschreibung erfolgen müssen. Das soll jedoch nicht erfolgen.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, ruft ein Schreiben der Landesarbeitsgemeinschaft der Hilfsorganisationen von April in Erinnerung. Es wurde die Bitte an das Land herangetragen, die Vergabe auf den jetzigen Zeitpunkt einzufrieren und nicht neu auszuschreiben. Das Land soll auf die Kommunen einwirken, keine neue Vergabe durchzuführen. Er möchte wissen, ob dies geprüft wurde.

Herr Kuhnhold erklärt, dass Prüfung erfolgte. Das von Herrn Rumpf benannte Schreiben ist bekannt. Problem ist, dass einerseits eine Genehmigung nötig ist, auf der anderen Seite ein Verfahren durchgeführt werden muss. Gesprochen wird von einem möglichen Modellwechsel, sodass man ein Modellverfahren führt, um vom jetzigen Verfahren wegzukommen. In Sachsen Anhalt ist derzeit im Rettungsdienst niemand, der das Rettungsdienstgesetz in diese Richtung ändern will. Aus diesem Grund kann der bestehende Vertrag interimsmäßig nicht verlängert werden. Es gibt kein Gesetzgebungsverfahren, sondern lediglich den Wunsch der Organisation auf Änderung. Die eventuelle Einleitung eines Gesetzgebungsverfahrens ist zeitlich nicht vorhersehbar. In diesem Zusammenhang wurde das Landesverwaltungsamt im Vorfeld angeschrieben und die Situation geschildert. Von deren Seite besteht die eindeutige Positionierung, dass die Möglichkeiten der Verlängerung ausgeschöpft sind. Eine erneute Ausschreibung und Vergabe muss stattfinden. Intern ist das Rechtsamt sowie die Vergabestelle zur gleichen Auffassung gelangt.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, geht davon aus, dass bei der Vergabe auch der ASB, das DRK, die DLRG, die Johanniter Unfallhilfe sowie der Malteser Hilfsdienst beteiligt werden.

Herr Kuhnhold kann nicht ausschließen, dass noch weitere Bewerbungen erfolgen. Bei der letzten Ausschreibung erfolgte eine Anfrage von dem privaten Rettungsdienstunternehmen Falck. Ein Angebot wurde letztendlich nicht abgegeben, weil Voraussetzung war, dass die Organisationen im Bereich des Katastrophenschutzes tätig sind. Ist diese Voraussetzung nicht erfüllt, erfolgt eine Ausschluss aus dem Verfahren.

Der Stadtratsvorsitzende, Herr Rumpf, erklärt, dass im Hinblick auf die Investitionen der gesamte Katastrophenschutz mitbetrachtet werden muss, nicht nur der Rettungsdienst. **Herr Kuhnhold** bestätigt, dass dies geschieht.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, stellt fest, dass sich das Verfahren gemäß Beschlussvorlage auf gemeinnützige Organisationen und Vereinigungen beschränkt, die im Katastrophenschutz tätig sind und private Organisationen damit ausgeschlossen sind. **Herr Kuhnhold** bestätigt, dass die Ausschlusskriterien aus diesem Grund so definiert wurden. **Stadtrat Fricke** stellt weiter fest, dass eine nochmalige Verlängerung nicht möglich ist und daher nicht über eine Verlängerung, sondern um eine freihändige Vergabe an den derzeitigen Leistungserbringer gesprochen wird. Eine Alternative wäre eine freihändige Vergabe ohne Ausschreibung. Diese Möglichkeit bietet sich aufgrund der Bereichsausnahme. **Herr Kuhnhold** weist auf den zweiten

Passus im Rettungsdienstgesetz hin, wonach ein diskriminierungsfreies Verfahren durchzuführen ist. Dieses Verfahren schafft die Grundlage für die Auswahl. Der Leistungspreis soll bei der weiteren Bewertung eine untergeordnete Rolle spielen, auch wenn er mit einfließen muss. Auf Nachfrage von Stadtrat Fricke bestätigt er, dass sich die Ausschreibungspflicht aus einer Vorschrift im Rettungsdienst ergibt.

Der Ausschussvorsitzende bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Es wird beschlossen, die Auswahl für die Erteilung einer Konzession zur Durchführung des Rettungsdienstes für den Zeitraum 01.01.2024, 7.00 Uhr bis 01.01.2030, 7.00 Uhr (einschl. einer einmaligen Verlängerungsoption um weitere 3 Jahre) nach den in Anlage 1 beschriebenen Wertungskriterien unter Einbeziehung der Abschluss- und Versagungsgründe durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: 9:0:0

8.2 Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes – Anregungen und Bedenken der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/177/2022/III-61

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass die Vorlage als Beschlussvorlage geführt wird, weil sie in der OB-Dienstberatung bestätigt werden musste. In der heutigen Sitzung wird der Wortlaut der Stellungnahme der Stadt zur Information gestellt. Auch handelt es sich noch um kein laufendes Verfahren der Landesentwicklungsplanung, sondern lediglich um einen Hinweis an das Land, welche Punkte im Aufstellungsprozess des Landesentwicklungsplanes möglicherweise Berücksichtigung finden sollten.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, erachtet es als nicht sachgerecht, aufgrund der jetzigen Planung zum Flächennutzungsplan schon das Gewerbegebiet in Süd als Projekt anzumelden. Seiner Meinung nach ist noch viel Arbeit nötig, bis zu einer abgeschlossenen Positionierung gefunden wird. Wenn die Stellungnahme der Stadt aufgegriffen wird, ist das Gebiet im Landesentwicklungsplan mit drin. Es sollte sich jedoch genau das wiederfinden, was am Ende eines Prozesses als Vorhaben definiert wurde. Er sieht andere Möglichkeiten, das Problem zu thematisieren und spricht sich daher dagegen aus.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, erklärt, dass seine Fraktion das Gewerbegebiet Süd vollumfänglich mitträgt. Er gibt zu bedenken, dass der Flugplatz in naher Zukunft vermarktet ist. Die anzusiedelnde Industrie sucht die Nähe zur Autobahn, somit wäre der Standort ideal.
Zu den Ideen auf Seite 86 möchte er den Hinweis geben, dass Dessau keinen ICE-Halt erhalten wird, da die Bahnsteiglänge um 100 Meter zu kurz ist. IC-Züge könnten jedoch ständig halten. Das muss seiner Ansicht nach mit aufgenommen werden.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, teilt inhaltlich den Beitrag von Stadtrat Fackiner. Die SPD-Fraktion hatte bei der letzten Beschlussfassung zum Flächennutzungsplan einen Änderungsantrag eingebracht, dass dieses Gewerbegebiet in Süd nicht Gegenstand des F-Planes werden soll. Dieser hatte keine Mehrheit gefunden. Stadtrat Fackiner hatte sich damals dahingehend geäußert, dass seine Fraktion in diesem frühen Stadium dem Vorhaben nicht im Wege stehen will. Nun wird sich jedoch einer Entscheidung genähert. Die Stellungnahme der Stadt stellt den nächsten Schritt in diese Richtung dar. Aus diesem Grund spricht sich Stadtrat Fricke dagegen aus.
Des Weiteren hat Stadtrat Schönemann in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses kundgetan, dass auch seine Fraktion das Gewerbegebiet Süd inzwischen sehr kritisch sieht. Stadtrat Fricke möchte nicht, dass etwas getan wird, dies weiter zu verfestigen. Viele Diskussionen werden hierzu noch nötig sein.
Er weist darauf hin, dass es sich um eine Beschlussvorlage mit einem formulierten Beschluss handelt und die in Anlage 2 beigefügte Zuarbeit weitergeleitet werden soll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass eine Beschlussvorlage zur Entscheidung in der OB-Dienstberatung notwendig war und der Inhalt der Stellungnahme dann zur Information weitergegeben wird. Eine Stellungnahme zu einem Flächennutzungsplan wurde nicht abgegeben, nur Vorinformationen mitgeteilt. Der Flächennutzungsplan ist auf Landesebene in Erarbeitung, daher kann noch keine Stellungnahme hierzu abgegeben werden.

Nach Auffassung von **Herrn Schönemann, Fraktion Die Linke,** wäre es eindeutiger gewesen, diesen Punkt und TOP 7 zu beraten.
Er merkt an, dass es um Industrieflächen (nicht Gewerbeflächen) geht, die einen anderen Anspruch haben, Emissionswerte betreffend. Diesbezüglich ist in Dessau nichts vorhanden. Der Flugplatz stellt ein Gewerbegebiet und kein Industriegebiet dar. Die Stadt befindet sich in der schwierigen Lage, dass 75% Naturschutzflächen und keine Reserven für die Planung von Industrieflächen vorhanden sind. Er hatte bereits die Möglichkeit thematisiert, interregionale Zusammenarbeit zu organisieren. Ansonsten sieht er die Stadt als handlungsunfähig, die Wirtschaftsentwicklung betreffend. Wenn keine Entwicklungsflächen vorhanden sind, ist der Teil der Wertschöpfung blockiert. Seiner Meinung nach muss dies nicht passieren. Der Verfallsprozess des Waldstückes ist nicht in dem Maße vorhanden, wie anfangs gesehen. Vor Ort wurde festgestellt, dass große Teile dieses Areals inzwischen neuen Wald hervorbringt. Daher ist das Vorhaben schwer vereinbar mit der gegenwärtigen Klimapolitik der Stadt, des Landes und des Bundes. Bei der Suche nach Flächen bedarf es einer qualifizierteren Herangehensweise. Er empfiehlt die interkommunale Herangehensweise. Bei einem Gespräch mit dem Landrat von Anhalt-Bitterfeld signalisierte dieser Unterstützung. Die Landkreise verfügen über entsprechende Flächen. Bei bis zu 95% Förderung geht es um nicht wenig Geld. Sollte es die Stadt nicht schaffen, gemeinsam im Verbund mit der Region etwas auf den Weg zu bekommen, sieht er große Probleme.
Die Beschlussvorlage sieht er als Vorschlag des Oberbürgermeisters. Die Problematik muss zu Ende betrachtet werden und wird alle Beteiligten in Gänze fordern. Der-

zeit teilt er die Auffassung seiner Vorredner und vermutet, dass sich eine mehrheitliche Bestätigung äußerst schwierig gestalten wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck erklärt, dass insgesamt drei Potentialflächen grundsätzlich in Betracht kommen, in der Landesentwicklungsplanung berücksichtigt zu werden. Bei zwei dieser Flächen ist eine interkommunale Zusammenarbeit möglich. Seiner Meinung nach sollte dem Ergebnis des Abwägungsprozesses nicht vorgegriffen werden und nicht von vornherein Dinge ausgeschlossen werden. Er hat sich in der Regionalen Planungsgemeinschaft klar positioniert, interkommunal sehr aufgeschlossen zu sein. In dieser Phase, in der drei Potentialflächen vorhanden sind, ist es nicht falsch, auch diese Fläche weiter zu betrachten, um Dessau-Roßlau die Möglichkeit zu geben, Gewerbe zu entwickeln. Es werden alle Wege verfolgt.
Zum ICE-Anschluss merkt Herr Oberbürgermeister Dr. Reck an, dass ICE-Züge in Deutschland unterschiedlich lang sind. Umgeleitete Züge können auch in Dessau halten. Die Forderung bleibt bestehen. Eine Bundesoberbehörde anzuschließen, kann in einem Koalitionsvertrag beschlossen werden. Das stellt ein politisches Statement dar, das man treffen kann. Wenn man etwas erreichen will, müssen Signale gesetzt werden. Zugverkehr ist Daseinsvorsorge und Nachfrage besteht, wenn interessante Angebote vorhanden sind. Er ist der Meinung, jedes Oberzentrum gehört an eine Fernverkehrsanbindung.

Herr Mrosek, Fraktion der AfD, pflichtet bei, dass die Forderung bestehen bleiben muss. Mittel, um den Bahnsteig zu verlängern, sind vorhanden.
An Stadtrat Schönemann gerichtet stellt er fest, dass der Wald naturgemäß nachwächst. Wälder fangen CO^2 auf, aber die trockengelegten Moore in Sachsen Anhalt produzieren im Jahr 2,4 Mio. Tonnen CO^2, wenn die organischen Massen, die trockengelegt werden, mit Sauerstoff in Verbindung kommen. Sämtliche privaten Haushalte in Sachsen Anhalt liegen weit darunter. Eine Wässerung der Moore würde den CO^2-Ausstoß bremsen.

Frau Koschig, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, kritisiert, dass Roßlau ausgeklammert wurde. Sie möchte wissen, ob die Forderung gestellt werden kann, dass die Stadt im Rahmen ihrer Planung die Abgrenzung des zentralen Ortes selbst bestimmt.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, informiert, dass es hoheitliche Aufgabe des Landes ist, das festzulegen und nur das eingefordert werden kann, was entsprechend getan wird. Entsprechende Wünschen oder Anforderungen können geäußert werden, denen dann vielleicht gefolgt wird. Sie hält die Begründung für stichhaltig und hofft, dass das Land dem folgt. Frau Schlonski schätzt, dass mit der Argumentation gute Chancen bestehen, Roßlau mit einzubinden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Reck stellt fest, dass die Forderung war, dass Roßlau zum oberzentralen Bereich gehört. Dies ist unstrittig.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, weist bezüglich des ICE-Anschlusses darauf hin, dass es nicht allein um 100 Meter Bahnsteig geht, sondern auch um viele Kilometer Gleisanlagen. Diese wurden damals zwar saniert, jedoch nicht für den ICE-Verkehr, maximal für den IC-Verkehr.

Die Information wird von den Ausschussmitgliedern zur Kenntnis genommen.

8.3 Projekt Chaponschule
Vorlage: FV/019/2022/Linke

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, möchte nach der Diskussion im Kulturausschuss eine Änderung im Beschlusstext der Fraktionsvorlage vornehmen. Der Antrag stellt keine Konkurrenz zur Regenbogenschule dar. Er stellt vielmehr die logische Konsequenz dar, Synergien zu erzeugen, wenn bereits Geld für eine Vorstudie investiert wird.
Geändert werden soll nach „… (ehem. Schulgelände)“:

> „… ergänzend parallel genutzt, um die Eignung für eine weitere soziokulturelle Einrichtung zu prüfen.“

Stadtrat Schönemann ist der Auffassung, dass die Regenbogenschule am besten am ehemaligen Standort beheimatet ist. Bekannt ist, dass in der Vorprüfung geeignete Orte abgeglichen werden müssen, damit eine Rechtfertigung für einen Neubau gegeben ist. Das Objekt könnte sich für ein soziokulturelles Zentrum eignen für den Fall, dass die Chaponschule nicht für die Regenbogenschule in Frage kommt. Diesen Prozess möchte er gern wohlwollend begleiten. Antrag seiner Fraktion ist die parallele Prüfung der Eignung als soziokulturelles Zentrum, sollte eine Eignung als Schule nicht gegeben sein.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, hält den Beschlusstext für eindeutig. Damit wird in Konkurrenz zum Standort als Regenbogenschule getreten. Er wird gegen die Vorlage stimmen aus Gründen, die er im Kulturausschuss bereits erläutert hat. Drei Standorte sind in der Machbarkeitsstudie enthalten, einer davon ist aufgrund möglichen Grundstückstauschs kippelig. Wenn zu dieser Fraktionsvorlage Zustimmung erfolgt, sind nur noch zwei Standorte vorhanden. Wenn beide sich als ungeeignet erweisen, muss wieder von Anfang an begonnen werden. Stadtrat Fricke setzt klare Priorität für diese besonderen Schüler, die seit Jahren unter diesem Platzmangel leiden. Aus diesem Grund wurde die Bietheschule als Standort herausgenommen, für die aber etwas gefunden werden wird. Er regt eine Umformulierung des Beschlusstextes an.
Des Weiteren vertritt er den Standpunkt, dass die Notwendigkeit eines soziokulturellen Zentrums im Vorfeld breiter zu diskutieren ist.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, möchte das Missverständnis ausräumen, dass Ansinnen war, etwas in Konkurrenz zum Standort der Regenbogenschule zu stellen. Ein Änderungsantrag kann jederzeit gestellt werden. Ihm geht es darum, pa-

rallel die Möglichkeit zu prüfen, ob der Standort für ein soziokulturelles Zentrum geeignet ist, wenn für die Regenbogenschule der Standort nicht in Frage kommt. So würde nicht doppelt Geld ausgegeben werden. Den Antrag möchte er aufrechterhalten. Er weist die Unterstellung zurück, dass er der Regenbogenschule etwas nicht zusprechen möchte oder keine Schätzung walten lässt.

Herr Fackiner, Fraktion Die Grünen, FDP, Neues Forum – Bürgerliste, begrüßt es, wenn Diskussionen zu Bewegungen führen und zeigt sich offen für weiterführende Vorschläge. Nach den Ausführungen hat er den Sachverhalt so verstanden, dass in erster Linie zu prüfen ist, ob der Standort für die Regenbogenschule geeignet ist und in der Nachbetrachtung eine Aussage zu treffen ist, ob andere Vorhaben möglich sind. Er hält dies grundsätzlich für unproblematisch.
Stadtrat Fackiner bittet um Mitteilung des Arbeitsstandes der Machbarkeitsstudie und eine Einschätzung über die Möglichkeit der Nachprüfung für die Chaponschule. Er vermutet, dass die Anforderungen für die Schule höher liegen, als für Proberäume. Sollte die Schule aus der Betrachtung herausfallen, erachtet er Diskussion darüber für notwendig, wo soziokulturelle Angebote zielführend Sinn machen. Die Chaponschule wäre eine Option.

Frau Schlonski, Beigeordnete für Stadtentwicklung und Umwelt, berichtet, dass ein Auftragnehmer gefunden wurde, der die drei Standorte unter den Kriterien prüft, die für die Schule speziell definiert sind. Die Beauftragung zu einer parallelen Prüfung für ein noch nicht definiertes soziokulturelles Zentrum würde nach ihrer Auffassung Chaos auslösen. Mehr Sinn macht es, einen zusätzlichen Auftrag mit einer erneuten Studie für ein soziokulturelles Zentrum zu einem späteren Zeitpunkt zu erteilen. Für eine belastbare Studie ist eine genaue Definition (Raumgrößen, technische Ausstattung, Erreichbarkeit etc.) erforderlich. Des Weiteren werden Mittel im Haushalt benötigt, um eine solche Studie anzulegen. Ferner sind Personal und Kapazitäten für die Durchführung erforderlich. Frau Schlonski weist eindringlich auf bestehende Engpässe und die damit verbundene Zeitschiene hin.

Aus Sicht von **Herrn Adamek, Fraktion der CDU,** ist es nicht möglich, die Studie um ein komplett anderes Thema auszuweiten. Der Beschluss zur Regenbogenschule wurde vor längerer Zeit gefasst und die Arbeitsschritte haben bereits begonnen. Er schlägt vor, die diesbezüglichen Ergebnisse abzuwarten und gibt zu bedenken, dass kulturelle Zentren vorhanden sind und es nicht zielführend ist, überall etwas zu planen. Für sinnvoll erachtet er, an den Haushalt einen Antrag auf Erarbeitung einer Studie zu stellen. So wäre eine Arbeitsrichtung vorhanden.

Herr Fricke, Fraktion der SPD, kritisiert, dass in der Fraktionsvorlage klar formuliert ist, dass der Standort Chaponschule aus der Machbarkeitsstudie herausgenommen werden soll, auch wenn Stadtrat Schönemann ein anderes Ansinnen erläutert hat. Seiner Ansicht nach ist dies nicht praktikabel und logische Konsequenz ist, den Antrag zurückzunehmen.

Herr Kellner, Fraktion der CDU, folgt den Ausführungen von Stadtrat Adamek. Kulturelle Angebote und Räume sind seiner Ansicht nach vorhanden und er verweist auf die Pflicht zur Sparsamkeit. Es sollten die angefangenen Projekte zunächst einmal zu Ende geführt werden. Beispielhaft verweist er darauf, dass ca. 100 Kinder in Mildensee seit fast 7 Jahren auf eine neue Kita warten.

Herr Schönemann, Fraktion Die Linke, erinnert daran, dass die Stadtverwaltung und die Gebäudeverwaltung selbst die Chaponschule unabhängig von der Vorprüfung in diesen Kontext gestellt haben. Mietverträge waren bereits vorhanden. Das Ansinnen, die Aktivitäten der Musikgruppen zu sichern, ist daher nicht aus der Luft gegriffen. Derzeit wird sich parallel darum bemüht, einen anderen Standort zu ertüchtigen, gegebenenfalls auch längerfristig. Stadtrat Schönemann geht es darum, etwas zu heilen, was schon auf einem guten Weg war. Den Vergleich mit den Kindergärten erachtet er als neben der Sache.
Nach der geführten Diskussion wurde nun sein Ansinnen verstanden. Nach den Ausführungen von Frau Schlonski ist die Vorprüfung bereits in Arbeit und eine weitere Prüfung schwer einzupflegen. Damit ist das Ansinnen nicht realisierbar. Er würde daher die Erkenntnisse aus der Vorstudie für die Tauglichkeit als Regenbogenschule abwarten und danach einen neuen Antrag stellen, in diese Richtung etwas auf den Weg zu bringen. Stadtrat Schönemann ist sich sicher, Unterstützung aus anderen Fraktionen zu erhalten. Auch andere Vorstellungen sind bereits vorhanden, etwas im Sozialbereich zu erarbeiten, um das Quartier weiterzuentwickeln. Als lohnenswert erachtet er, sich für die Musikbranche einzusetzen, etwas anderes war sein Ansinnen nicht. Die Fraktionsvorlage zieht er zurück.

Der Ausschussvorsitzende schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:27 Uhr und unterbricht die Sitzung für eine Pause.

13 Beschlussfassungen

13.1 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung der Geschäftsführer / Liquidatoren der MVZ DKD gGmbH i. L. für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/163/2022/II-20BTM

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung der Geschäftsführer / Liquidatoren der MVZ DKD gGmbH i. L. für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

13.2 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung der Geschäftsführer der MVZ SKD gGmbH für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/203/2022/II-20BTM

Frau Beck, Leiterin des Rechtsamtes, erläutert, dass gem. § 33, Abs. 1, Satz 1 und 2 KVG für die Stadträte kein Mitwirkungsverbot bei der Abstimmung zur Entlastung der Aufsichtsräte besteht, da sie von der Kommune in den Aufsichtsrat entsandt worden sind, es sei denn, diese fühlen sich befangen, weil sich daraus persönliche Vor- oder Nachteile aus der Gesellschaft ergeben.

Der Ausschussvorsitzende bringt die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung der Geschäftsführer der MVZ SKD gGmbH für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

13.3 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Aufsichtsrates der MVZ SKD gGmbH für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/204/2022/II-20BTM

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der MVZ SKD gGmbH die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

13.4 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung der Geschäftsführung der WBD Industriepark Dessau GmbH für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/181/2022/II-20BTM

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der WBD die Entlastung des Geschäftsführers der WBD Industriepark Dessau GmbH für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

13.5 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Aufsichtsrates der WBD Industriepark Dessau GmbH für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/182/2022/II-20BTM

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der WBD Industriepark Dessau GmbH die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 5:0:1

13.6 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung der Geschäftsführerin der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG) für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/185/2022/II-20BTM

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung der Geschäftsführerin der DWG für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

13.7 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Aufsichtsrates der Dessauer Wohnungsbaugesellschaft mbH (DWG) für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/186/2022/II-20BTM

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der DWG die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 5:0:1

13.8 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Geschäftsführers der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR) für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/195/2022/II-20BTM

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt dem Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau in der Gesellschafterversammlung der Entlastung des Geschäftsführers der SWR für das Geschäftsjahr 2021 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

13.9 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Roßlau Fernwärme GmbH (SWR) für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/196/2022/II-20BTM

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt dem Vertreter der Stadt Dessau-Roßlau in der Gesellschafterversammlung der Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021 zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

13.10 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung der Geschäftsführung der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG) für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/199/2022/II-20BTM

Zu diesem Tagesordnungspunkt werden keine Wortmeldungen erhoben.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung die Entlastung der Geschäftsführung (01.01.2021-30.06.2021 Dr. Robert Reck; 01.07.2021-31.12.2021 Hannes Wolf) der SMG für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 6:0:0

13.11 Unternehmensangelegenheiten
Entlastung des Aufsichtsrates der Stadtmarketinggesellschaft Dessau-Roßlau mbH (SMG) für das Geschäftsjahr 2021
Vorlage: BV/200/2022/II-20BTM

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende, Stadtrat Adamek, bringt für den befangenen Oberbürgermeister die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Haupt- und Personalausschuss empfiehlt der Gesellschafterversammlung der SMG die Entlastung des Aufsichtsrates für das Geschäftsjahr 2021.

Abstimmungsergebnis: 5:0:0

14 Schließung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 20:13 Uhr.

Dessau-Roßlau, 01.09.22

Dr. Robert Reck	L. Maisel
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss	Schriftführer